

Vor dem G-20-Gipfel

03.09.2013

«Too big to fail» schwelt weiter»



«Too big to fail»: Die Erwartung, dass künftig in Notlagen auch Gläubiger Verluste hinnehmen müssen, fange an, sich festzusetzen (Aufnahme: Deutsche Bank AG, Frankfurt).

Notleidende Grossbanken müssten wohl weiterhin vom Staat gerettet werden. Der Kampf gegen die «Too big to fail»-Problematik ist langwierig.

Wenn es ein wirtschaftspolitisches Problem gibt, das die G-20-Staaten gemeinsam lösen müssen, so ist es die «Too big to fail»-Problematik (TBTF). Wie das Financial Stability Board (FSB) in seinem jüngsten Bericht an die G-20, welche sich im Laufe der Woche auf Ebene Staats- und Regierungschefs zu einem Gipfel trifft, feststellt, bleibt noch viel zu tun. Der grenzüberschreitende Aspekt der Problematik verlangt eine enge internationale Zusammenarbeit.

Erwartungen passen sich an

Die G-20 hatte das FSB vor vier Jahren beauftragt, Massnahmen zur Eindämmung der Risiken, die von systemrelevanten Finanzinstitutionen (Sifi) ausgehen, zu erarbeiten. Als Sifi gelten Institutionen einer solchen Grösse, Marktbedeutung und Vernetztheit, dass eine schwere Notlage bedeutende wirtschaftliche Verwerfungen auslösen würde. Die TBTF-Problematik entsteht, wenn in einer solchen Situation die Behörden keine andere Wahl haben, als Steuergelder zur Stabilisierung der Sifi einzusetzen, um die Lage zu beruhigen.

Das Wissen um diese Zwangslage animiert Sifi zu einer übermässigen Risikoneigung und hat implizite staatliche Subventionen für Banken zur Folge. Analytiker der Bank of England haben diese Subvention für 29 globale Sifi per Ende 2012 auf 500 Mrd. \$ geschätzt (vgl. Grafik). Das FSB sieht Anzeichen, dass die Umsetzung des 2010 von der G-20 gebilligten Rahmenwerks erste Früchte trägt. So begännen Firmen und Anleger, dem Begehren der Behörden, die TBTF-Problematik zu beenden, Rechnung zu tragen.

Hohe Subventionen für Grossbanken

In Mrd. \$



QUELLE: BANK OF ENGLAND

NZZ-INFOGRAFIK/lea

Wo Sanierungs- und Abwicklungsregelungen eingeführt werden, rechneten Rating-Agenturen mit weniger Unterstützung durch den Steuerzahler und passten Finanzmärkte ihre Bemessung der impliziten Subventionen nach unten an. Die Erwartung, dass künftig in Notlagen auch Gläubiger Verluste hinnehmen müssen, fange an, sich festzusetzen. Weitere Anstrengungen sind aber laut dem FSB nötig. Erstens seien bis 2015 standardisierte Sanierungs- und Abwicklungsregelungen flächendeckend einzuführen – und zwar für alle Bereiche des Finanzsektors, die systemische Probleme verursachen können. Bereits 2011 hat die G-20 ein vom FSB ausgearbeitetes Musterregime für Banken zum internationalen Standard erhoben, die «Key Attributes». Australien, Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Spanien, die Schweiz, Grossbritannien und die USA sind bereits relativ weit mit der Umsetzung dieser Reform. Bei der Einführung von Regelungen für die Abwicklung von wichtigen Finanzmarkt-Infrastrukturen wie Plattformen für den Derivatehandel hapert es laut FSB hingegen noch.

Heikle Zusammenarbeit

Zweitens sind die Hindernisse zu beseitigen, die grenzüberschreitenden Abwicklungen im Wege stehen. Zu diesem Zweck seien die Voraussetzungen für Zusammenarbeitsverträge und die Anerkennung von ausländischen Abwicklungsmassnahmen zu schaffen, was wiederum den Austausch von firmenspezifischen Informationen bedinge. Drittens müsse auch die «Abwicklungsfähigkeit» verbessert werden. Im Dialog zwischen Behörde und Firma sei abzuklären, ob eine Abwicklungsstrategie angesichts der Firmenstruktur überhaupt realistisch sei. Nicht unbedingt empfohlen werden dagegen Strukturreformen bei Banken wie die Abtrennung oder Einzäunung (Ring Fencing) bestimmter Aktivitäten. Zwar können solche Massnahmen laut FSB im Kampf gegen die TBTF-Problematik hilfreich sein. Man laufe aber Gefahr, das grenzüberschreitende Bankgeschäft zu unterbinden, wenn Rechtsräume die Geschäftsmodelle von Firmen auf unterschiedliche Weise einschränkten.